



PRESSEMITTEILUNG

Regionale Wählergemeinschaften bündeln Kräfte für sachorientierte Kommunalpolitik

Greiz, 16. September 2025 – Fünf kommunale Wählergemeinschaften aus der Region Vogtland und den umliegenden Regionen haben sich zu einer engeren Zusammenarbeit entschlossen. Vertreter der IWA–Pro Region (Stadt und Kreis Greiz), der Neuen Perspektive Vogtland (Vogtlandkreis und Städte und Gemeinden), der Bürgerschaft FÜR GERA (Stadt Gera), der Unabhängigen Bürgervertretung Saale-Orla (Saale-Orla-Kreis) und der Plauener Liste (Stadt Plauen) verständigten sich bei einem Arbeitstreffen vor wenigen Tagen in Greiz auf mögliche Synergien und alle betreffende strategische Ziele. Auch die bundesweit agierende Wählergemeinschaft „Nächste Generation“ hat angeboten, in der Kooperation mitzuwirken.

Gemeinsam Herausforderungen anpacken

Die beteiligten Wählergemeinschaften eint die Überzeugung, dass die zentralen Probleme in den Kommunen und Landkreisen nur mit einer sachlichen, ideologie- und parteiinteressenfreien Politik gelöst werden können. Da viele Probleme jedoch über den Tätigkeitsbereich einzelner Wählergemeinschaften hinausreichen, sehen sie die Zusammenarbeit als notwendig und sinnvoll an. Themen wie die angespannte Finanzlage vieler Städte und Gemeinden, der zunehmende Ärztemangel, die unzureichende Gesundheitsversorgung im ländlichen Raum, der Investitionsstau bei Straßen, Schulen und öffentlicher Infrastruktur sowie der bedarfsgerechte Erhalt von Kindertagesstätten sowie Bildungseinrichtungen ermöglichen eine strukturierte Herangehensweise über Kreisgrenzen hinweg. „Wir erleben vor Ort alle die gleichen Probleme – unabhängig von Kreis-, Stadt-

oder Ländergrenzen“, erklären die Initiatoren. „Diese Herausforderungen der kommunalen Ebene werden in der überregionalen Politik zu oft übersehen. Deshalb rücken wir sie jetzt gemeinsam wieder in den Mittelpunkt.“ Auch Fragen der Mobilität – vom ÖPNV über Schülerbeförderung bis hin zur Erreichbarkeit öffentlicher Einrichtungen – sollen thematisiert werden. Ebenso herrscht Einigkeit darüber, dass eine grundlegende Reform der Finanzbeziehungen zwischen Bund, Ländern und Kommunen sowie Landkreisen nach dem Prinzip „Wer beauftragt, muss auch bezahlen“ notwendig ist, um den Handlungsspielraum der Kommunen zu sichern.

Kritisch bewertet wird durch die Wählergemeinschaften auch die derzeitige Energiepolitik. Die vogtländischen Wählergemeinschaften stellen sich an die Seite zahlreicher Bürgerbewegungen, die gegen einen ideologisch getriebenen Ausbau von Windkraft- und Solaranlagen in den ländlichen Räumen vorgehen. Stattdessen sollen wirtschaftlich tragfähige und lokal akzeptierte Lösungen für eine stabile Energieversorgung gefördert werden.

Auch das vielen Bürgern auf der Seele brennende Thema Integration wird aktiv aufgegriffen: Die Wählergemeinschaften setzen sich für klare Regelungen bei Unterbringung, Beschäftigung und Förderung integrationswilliger Menschen ein, um kommunale Strukturen nicht zu überlasten. Die Initiatoren betonen: „Gemeinsam möchten wir an Lösungsansätzen für diese Herausforderungen arbeiten und bündeln dafür auch unsere Expertise. Es soll uns gelingen, von Erfahrungen anderer Wählervereinigungen zu lernen und Argumente zu sammeln. Da viele Probleme über den Tätigkeitsbereich einzelner Wählergemeinschaften hinausreichen, sehen wir die Zusammenarbeit als notwendig und sinnvoll an.“

Kontrolle, Transparenz und Bürgernähe

Ein weiterer Kernpunkt der Kooperation ist die kritische Begleitung der Arbeit von Landräten, Oberbürgermeistern, Bürgermeisterinnen und Verwaltungen. Die Wählergemeinschaften wollen Transparenz einfordern, Missstände aufzeigen und sich für eine effizientere Verwaltung stark machen. So ist unter anderem eine Transparenz-Offensive geplant, die vorsieht, Ausschusssitzungen kommunaler Gremien grundsätzlich öffentlich zu machen und Bürgerinnen und Bürger stärker in Entscheidungsprozesse einzubeziehen und diese nachvollziehbar darzustellen.

Starke Stimme abseits der etablierten Parteien

Mit ihrer Zusammenarbeit wollen die Wählergemeinschaften die kommunale Selbstverwaltung stärken, Vertrauen in die Politik vor Ort zurückgewinnen und den Bürgerwillen ohne parteipolitische Scheuklappen abbilden. Sie treten dafür ein, die Handlungsspielräume der Kommunalpolitiker zu erweitern, da diese am besten wissen,

welche Maßnahmen vor Ort nötig sind. Zugleich sehen sie sich als verlässlicher Gegenpol gegenüber den etablierten Parteien, die vielerorts – durch die Vorgaben ihrer Landes- und Bundesparteien – immer stärker den Bezug zu den konkreten Alltagsproblemen der Menschen verloren haben. Durch den Austausch von Erfahrungen, abgestimmte Initiativen und eine verstärkte gemeinsame Öffentlichkeitsarbeit soll die Stimme der Bürgerinnen und Bürger in der Region wieder stärker Gehör finden. Ein gemeinsamer Strategieausschuss soll helfen, Inhalte, Aktionen und politische Initiativen zu planen. Die lokalen Eigenheiten und die konkrete Arbeit der einzelnen Vereinigungen sollen trotzdem immer im Vordergrund stehen.

Mit diesem Schulterschluss setzen die beteiligten Wählergemeinschaften ein klares Signal: Kommunalpolitik darf sich nicht in parteipolitischen Machtspielen verlieren, sondern muss sich an den konkreten Bedürfnissen der Menschen vor Ort orientieren. Durch den Austausch von Wissen, die Bündelung von Ressourcen und eine abgestimmte Kommunikation entsteht eine starke Stimme für die Region, die jenseits von Ideologie und parteipolitischen Zwängen nach pragmatischen, bürgernahen Lösungen sucht. Die Kooperation versteht sich als langfristiges Projekt, das wachsen soll – mit dem Ziel, das Vertrauen in demokratische Prozesse zu stärken und den Bürgerinnen und Bürgern wieder zu zeigen, dass ihre Anliegen gehört und ernst genommen werden.

Kontakte:

David Drechsel, Kreisgeschäftsführer
Neue Perspektive Vogtland
Telefon: 01577 3266999
E-Mail: info@neue-perspektive-vogtland.de

Toni Breternitz, Vorsitzender
UBV Saale Orla e.V.
Telefon: (036648) 25 99 21
E-Mail: info@ubv-sok.de